

Arbeitskreis „Verbände“

Bericht zur gemeinsamen Tagung „Interessengruppen und Parlamente“ des Arbeitskreises „Verbände“ und der Sektion „Regierungssystem und Regieren in der Bundesrepublik“ am 27. und 28. Mai 2011 an der Universität Potsdam

Lokale Organisatoren: Thomas von Winter (Potsdam) und Julia von Blumenthal (Berlin)

Zum Auftakt der Tagung bemängelte Werner Patzelt(Dresden) in seinem Einleitungsvortrag, dass Parlamente im einflussreichen Forschungsparadigma des Neokorporatismus eigentlich keine Rolle gespielt hätten. Parlamentarier könnten aus Sicht von Verbänden aber noch immer wertvoll sein, auch wenn die „wirklich Mächtigen“ kaum noch in Parlamenten säßen. Autorität hätten Abgeordnete eben nur, wenn man sie ihnen gewähre. Darauf aufbauend präsentierte Patzelt eine Forschungsagenda für die Verbändeforschung, sich stärker empirisch mit den Beziehungen zwischen Parlament und Interessenorganisationen zu beschäftigen.

Bernhard Weßels(Berlin) präsentierte einen bemerkenswerten empirischen Befund:Im Jahr 1982 sind die Kontaktzahlen zwischen Abgeordneten und Interessengruppen signifikant eingebrochen. Die stärkere europäische Integration scheidet allem Anschein nach als Erklärung für diesen Stufenefekt aus; die Suche nach Erklärungen ist daher eine Herausforderung an die weitere empirische Forschung.

Daniel Gerstenhauer(Jena) stellte zentrale Ergebnisse der „Jenaer Abgeordnetenbefragung“ im Rahmen des dortigen Sonderforschungsbereichs vor. Zentrales Ergebnis: Verbändekontakte werden kaum dazu genutzt, die eigene politische Karriere zu befördern. Die schiefe Zahl der Kontakte entscheidet daher nicht darüber, wie erfolgreich Abgeordnete innerhalb ihrer eigenen Fraktion sind.

Franziska Oehmer (Zürich) konnte auf Basis einer Vollerhebung aller Bundestagsabgeordneten der 17. Wahlperiode zeigen, wie stark Abgeordnete mit Interessengruppen verflochten sind und welche inhaltlichen Schwerpunkte sich im Bundestag zeigen. Überraschenderweise stammten nur 4,6 Prozent aller Kontakte aus dem Themenfeld Wirtschaft und Arbeit. Zumindest für den Bundestag kann damit die These relativiert werden, dass vor allem ökonomisch relevante Interessengruppen Gehör finden.

Herbert Hönigsberger und Sven Osterberg (Berlin) griffen mit den Gewerkschaften ein klassisches Thema der Verbändeforschung auf. Die Ergebnis-

se ihrer Intensiv-Interviews lassen darauf schließen, dass trotz vielfältiger Gewerkschaftsmitgliedschaften von Abgeordneten die Gewerkschaften selbst kaum diesen Weg der Einflussnahme suchen. Hinzu kommt, dass viele Gewerkschafter nur wenig Bezug zur Arbeit der Parlamentarier sehen.

Marco Althaus (Wildau) lenkte den Blick darauf, wie sich Lobbyisten informieren, was angesichts der immer komplexeren Kommunikation von Abgeordneten entsprechend schwierig ist. Allerdings gibt es inzwischen digitale Werkzeuge, mit deren Hilfe eine Art Monitoring aufgebaut werden kann. Es könnte also sein, dass parlamentarische Aktivitäten zukünftig schneller und gezielter von Verbänden genutzt werden, um die Einflussnahme zu unterstützen.

Detlef Sack (Bielefeld) hat untersucht, wie regionale Industrie- und Handelskammern Einfluss auf wirtschaftspolitische relevante Landesgesetze nehmen. Diese Einflussnahme wird vor allem durch zwei aktuelle Trends erschwert. Zum einen haben gerichtliche Entscheidungen die Möglichkeiten der Kammer-Leitungen begrenzt, Positionen ohne breite Beteiligung der Mitglieder in die Öffentlichkeit zu tragen. Zum anderen gärt es innerhalb der Kammern seit längerem, weil einige Mitglieder die Pflichtmitgliedschaft für überholt halten.

Thomas von Winter (Potsdam) widmete sich der These, dass sich die Interessenvermittlung in der deutschen Gesundheitspolitik stärker pluralisiert habe. Eine Analyse zentraler Anhörungsverfahren von Reformgesetzen zeige zwar, dass das Repräsentationsmonopol der korporatistischen Akteure geschleift worden sei. Doch auf der eigentlichen Ebene der Politikproduktion würden diese Akteure nach wie vor von Parlament und Exekutive bevorzugt behandelt.

Jörg-Uwe Nieland (Köln) stellte die Arbeit des Bundestagsausschusses „Sport“ in den Mittelpunkt seiner Analyse. Am Beispiel des Dopings wurde klar, dass sich im Verhältnis zu den Verbänden eine Konfliktlinie abzeichnet. Während die Sportverbände die Regulierung des Dopings als innerverbandliche Angelegenheit betrachten, neigen Parlamentarier dazu, gesetzliche Lösungen zu befürworten. Dieser Konflikt verändert die oftmals symbiotischen Beziehungen zwischen Politik und Sport.

Hans-Jörg Schmedes(Berlin) zeigte sich skeptisch gegenüber einer starken gesetzlichen Regulierung des Lobbyismus. Ein denkbares „Interessenvertretungsgesetz“ könne zwar finanzielle und organisatorische Verflechtungen offenlegen und damit mehr Transparenz schaffen. Doch Probleme wie unwahrhaftige Darstellungen oder verdeckte PR-Maßnahmen könnten kaum

D V

P W



Herbst 2011
Nr. 145

D V

P W



Herbst 2011
Nr. 145

gesetzlich geregelt werden. Hier wäre es ratsamer, auf freiwillige Selbstverpflichtungen zu setzen, die mit wirksamen Anreizen verkoppelt sind.

Andreas Kolbe (Berlin) stellte ein Projekt vor, in dem Experten, Politiker und Lobbyisten dazu befragt wurden, wie sie sich eine Regulierung der Interessenvertretung vorstellen. Die Unterschiede zwischen professionellen Lobbying-Agenturen und klassischen Verbänden sind nicht allzu groß: Beide können sich ein erweitertes Lobby-Register vorstellen, lehnen aber eine weitgehende staatliche Regulierung der Einflussnahme ab. Die Akzeptanz strengerer Regeln wie etwa in den USA scheint damit in Deutschland eher gering zu sein.

Die abschließende Diskussion zeigte, dass der Forschungsbedarf weiterhin groß ist. Und anders als bei der Exekutive, die sich oftmals als „black box“ zeigt, ist der parlamentarische Raum für unterschiedliche Methoden zugänglich. Die Diskussion machte aber auch deutlich, dass Analysen der Interessenvermittlung inzwischen auf viele Subdisziplinen wie Policy-Analyse, politische Ökonomie oder Europaforschung verteilt sind. Dadurch geht manchmal der Blick auf die gemeinsamen Theorien und Trends verloren. Insofern ist die Verbände- und Interessengruppenforschung aufgerufen, eine neue Balance aus Detailstudien und generalisierender Interpretation zu finden.

D V

P W



Herbst 2011